

Klartext

aus Berlin und Augsburg

2015/1

Abgeordnetenbrief
Ulrike Bahr



Foto: © Henning Schacht, 2014

ZUR SACHE

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Anfang des Jahres gilt in Deutschland endlich der Mindestlohn. Dafür haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gekämpft. 3,7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekommen jetzt keine Hungerlöhne mehr, sondern mindestens 8,50 € in der Stunde. Für einige Berufsgruppen, die im letzten Jahr noch Tarifverträge abgeschlossen haben, sowie für Zeitungszusteller gelten bis 2017 noch Übergangsfristen.

Ausgenommen vom Mindestlohn sind nur Auszubildende, Jugendliche unter 18 Jahren, Studierende in Pflichtpraktika und Menschen in Orientierungspraktika von bis zu drei Monaten. Bei dieser Personengruppe steht die Ausbildung im Vordergrund, nicht die Arbeit zum Lebensunterhalt. Wer ein Praktikum oder einen Ausbildungsplatz anbietet, muss sich darüber im Klaren sein und ist dafür verantwortlich, dass die Praktikanten und Azubis auch etwas lernen.

Der schönste Mindestlohn ist aber nichts wert, wenn er nicht kontrolliert und durchgesetzt wird. Über die angeblich überbordende Bürokratie durch den Mindestlohn war in den letzten Wochen viel zu lesen. Ich kann das nicht nachvollziehen. Denn die Anforderungen sind gering.

Wer in einem Mini-Job (bis 450 € Verdienst) oder in einer Branche arbeitet, die im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz genannt ist (z.B. Baugewerbe, Transport, Gastronomie, Gebäudereiniger, Schausteller, Messebau, Forst- und Fleischwirtschaft), muss seine Arbeitszeit zukünftig aufzeichnen. Dafür gibt es keinerlei Formvorschriften. ArbeitnehmerInnen können selbst auf einem Papier handschriftlich den Beginn, das Ende und die Dauer der Arbeitszeit aufschreiben. Pausen werden abgezogen, müssen aber nicht extra ausgewiesen werden. Auch der Arbeitgeber kann das übernehmen und dabei alle üblichen Methoden der Zeiterfassung von der Stechkarte bis zum Zettel verwenden. Das ist nicht aufwändig. Jede/r kann seine Arbeitszeit in weniger als einer Minute kurz notieren. Eine Gegenzeichnung ist nicht nötig.

Diese Belege müssen dann zwei Jahre lang aufgehoben werden. Denn ohne Kontrolle ist das Mindestlohngesetz wertlos.

Anfragen kommen verstärkt aus Sportvereinen. Hier arbeiten viele Menschen in 450 € - Jobs oder erhalten eine Übungsleiterpauschale. Beides ist auch weiterhin möglich. Und wer sich ehrenamtlich für seinen Sportverein engagiert und nur einen Kostenersatz erhält, ist kein Arbeitnehmer und fällt damit nicht unter den Mindestlohn.

Etwas komplizierter ist die Situation bei den Vertragsamateuren, die in den unteren Ligen für ihre Vereine Fußball oder Handball spielen und dafür eine kleine Anerkennung bekommen. Dafür werden wir aber eine rechtlich sichere Lösung finden. Andrea Nahles trifft sich im März mit Vertretern des DFB und des Deutschen Olympischen Sportbundes, um diese Fragen zu erörtern. Fairness im Sport und bei den Löhnen—dafür machen wir uns stark!

Ihre

FLÜCHTLINGE INTEGRIEREN

Mehr als 200.000 Menschen haben 2014 in Deutschland Zuflucht gesucht vor Krieg, Verfolgung und Not in ihren Heimatländern. Ihre Aufnahme stellt unsere Kommunen vor große Herausforderungen. Besonders schwierig aber ist die Situation der Flüchtlinge selbst, die sich meist mittellos und traumatisiert zu uns retten konnten. Kurz vor der Weihnachtspause hat der Bundestag einige Neuregelungen auf den Weg gebracht, um allen das Leben leichter zu machen und die Integrationschancen zu verbessern.

Das ist durchaus auch eigennützig gedacht, denn wegen des demografi-



AG Demografie mit Staatsministerin Aydan Özoğuz

schen Wandels brauchen wir in Deutschland jedes Jahr 400.000 Zuwanderer, damit unsere Wirtschaft nicht schrumpft.

Asylsuchende dürfen künftig früher arbeiten, in Wohnungen wohnen und können sich im Bundesgebiet frei bewegen. Sie erhalten vorwiegend Geld— statt Sachleistungen und können damit selbstbestimmter leben. Wer seinen Lebensunterhalt verdienen kann, darf dorthin ziehen, wo er/ sie Arbeit hat.

Nur im Erstaufnahmeverfahren in den ersten drei Monaten müssen Asylsuchende noch in Gemeinschaftsunterkünften wohnen und werden vorwiegend mit Sachleistungen verpflegt. Eine Bundesratsinitiative möchte Asylsuchenden auch schnell Zugang zu Integrations— und Sprachkursen öffnen. Momentan engagieren sich viele private Initiativen mit Deutschunterricht. Das ist sehr sinnvoll, denn Deutschkenntnis sind der Schlüssel zu einer qualifizier-

ten Arbeit. Minderjährige Flüchtlinge gehen darum vom ersten Tag an in die Schule.

Die OECD hat kürzlich Deutschland wegen seines unbürokratischen und einfachen Aufenthaltsgesetzes gelobt, aber auch kritisiert, dass gerade die zugewanderten Jugendlichen oft nur unzureichend deutsch sprechen und lesen können. Hier müssen wir ansetzen: im Interesse der Zugewanderten und in unserem eigenen Interesse.

AUS
Berlin



Bild: Julia Nowak © Fraktion auf dem Weg zur Mahnwache am Brandenburger Tor

CHARLIE UND DIE FOLGEN

Die Ermordung des Redaktionsteams von Charlie Hebdo und das Attentat auf Kunden eines jüdischen Supermarkts in Paris haben auch im Berliner Abgeordnetenbetrieb Spuren hinterlassen. Und das nicht nur bei der Mahnwache am Brandenburger Tor, zu dem die SPD-Bundestagsfraktion geschlossen ging.

In einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitsgemeinschaften Demokratie und Strategien gegen Rechtsextremismus diskutierten wir im Januar die wachsende Islamfeindlichkeit und Ablehnung einer vielkulturellen Gesellschaft, die sich besonders in Dresden allmorgendlich zeigt.

Als Ergebnis haben wir ein Papier mit Argumenten für eine offene und tolerante Gesellschaft und gegen einfache Parolen zusammengestellt. Das „Volk“ hat viele Gesichter, Religions— und Meinungsfreiheit gelten für alle, wir begreifen uns als gleichwertig und

als solidarische Gemeinschaft, in der nicht die Bedürfnisse der einen gegen die der anderen ausgespielt werden sollten.

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz haben wir auch den Antisemitismus in Deutschland erneut diskutiert— leider mit erschreckenden Befunden. Bei etwa 20 Prozent der Bevölkerung finden sich verfestigte antisemitische Ansichten, fast zwei Drittel der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden halten den Antisemitismus hierzulande für ein großes oder sehr großes Problem. Erschreckend war besonders der im Internet geäußerte Hass im Zu-



© Deutscher Bundestag / Achim Meide

„Der Tod hat nicht das letzte Wort“ - Ausstellung im Deutschen Bundestag

sammenhang mit dem Gaza-Krieg oder mit der Beschneidungsdebatte 2012. Auch anti-jüdische Äußerungen von Muslimen nehmen zu.

Hier gibt es noch viel zu tun für die Politische Bildung, die Politik und die Engagierten der Zivilgesellschaft!

EINIGUNG AUF ECKPUNKTE

Nach zähen Verhandlungen haben sich SPD und Union endlich auf Eckpunkte für eine neues Prostituiertenschutzgesetz geeinigt. Als zuständige Berichterstatterin bin ich mit den Ergebnissen im Großen und Ganzen zufrieden. Mir war in diesem Verhandlungsprozess vor allem wichtig, dass das geplante Prostituiertenschutzgesetz seinem Namen gerecht wird und für mehr Schutz und Rechtssicherheit im Bereich der legalen Prostitution sorgt.

Im Zentrum der Neuregelung steht die Einführung einer Erlaubnispflicht für den Betrieb von Prostitutionsstätten.

Die Zuverlässigkeit der Betreiber wird geprüft, einschlägig Vorbestrafte erhalten keine Erlaubnis. Der Betrieb von Bordellen wird mit konkreten Auflagen versehen. Bei einem Bruch dieser Auflagen kann die Erlaubnis auch nachträglich widerrufen werden. Außerdem erhalten die Ordnungsbehörden bessere Betretungs- und Kontrollrechte.

Damit gibt es bessere Möglichkeiten, Zwangssituationen zu erkennen und einen Zugang zu den Prostituierten zu finden.

Mit einem besonderen Schutzpaket für die 18 – 21 Jährigen im Rahmen einer allgemeinen Anmeldepflicht, die mit gesundheitlichen und sozialen Be-



Mit Manuela Schwesig im Fraktionssaal

ratungsangeboten verknüpft wird, schaffen wir einen besseren Schutzrahmen als mit der umstrittenen Anhebung des Mindestalters auf 21 Jahre. Das hätte diese Personengruppe in die Illegalität verdrängt und die Probleme eher verschärft als gemindert.

Die vereinbarte Kondompflicht wird sich konkret an die Freier richten. Die gegenwärtig in Bayern durchgeführten Kontrollen standen auch deshalb immer wieder in der Kritik, weil sie einseitig zu Lasten der Prostituierten, nicht aber der Freier gingen. Zudem wird die Werbung für ungeschützten Geschlechtsverkehr verboten.

ENDLICH: DIE QUOTE KOMMT

Nach vielen vergeblichen Anläufen ist es endlich so weit: Im Deutschen Bundestag wird jetzt ein Gesetzesentwurf zur „Gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und

im öffentlichen Dienst“ diskutiert und sicher auch verabschiedet.

Frauen sind so gut ausgebildet wie nie zuvor. Dennoch sind nur gut 5% der Vorstandsposten und 15% der Aufsichtsratsposten in den 200 größten deutschen Unternehmen mit Frauen besetzt.

Das Teilhabe-Gesetz will hier einen Kulturwandel einleiten: Von 2016 an müssen in börsen- und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen mindestens 30 Prozent der neu zu besetzenden Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzt sein. Wird diese Quote nicht erfüllt, bleiben die Aufsichtsmandate unbesetzt („Leerer Stuhl“).



Der Bund wird mit gutem Beispiel vorangehen und will in den Aufsichtsgremien, in denen er vertreten ist, ab 2018 sogar eine Geschlechterquote von 50 Prozent bei Neubesetzungen erfüllen. Die Bundesverwaltung soll außerdem Zielvorgaben zur Steigerung des Frauenanteils auf der Führungsebene erlassen. Solange, bis Frauen in Führungsjobs selbstverständlich sind!

Berlin Termine X

23.02.2015 | 13:00 Uhr

Anhörung zum Gesetzesentwurf zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männer an Führungspositionen

25.02.2015 | 10:00 Uhr

Auftaktveranstaltung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

04.03.2015 | 15:00 Uhr

Gespräch der Kinderkommission mit Prof. Sünderhauf zum Wechselmodell

ROTLICHT IM FOKUS

In Augsburg leben und arbeiten, im Verhältnis zur Zahl der Einwohner, deutschlandweit die meisten Prostituierten. Darum wird auch der richtige Weg zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution und zur Regelung der legalen Prostitution hier sehr lebhaft und leidenschaftlich diskutiert. Die Reform der Prostitutionsgesetze 2002 hatte das Ziel, die Lage der Prostituierten zu verbessern, Stigmatisierung zu beenden und sozialversicher-

AUS
Augsburg



te Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Diese Hoffnungen haben sich leider nicht erfüllt.

In einer „Fraktion vor Ort“ mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. Eva Högl haben wir im letzten November die verschiedenen Ansätze und Argumente zu einer neuerlichen Reform ausgetauscht: mit Mechthild von Luxburg vom Deutschen Frauenrat, der Landtagsabgeordneten Simone Strohmeier, Diana Schubert vom kriminalpräventiven Rat der Stadt Augsburg, Tanja Sommer vom Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen und der Augsburger AsF-Vorsitzenden Olivia Haussmann als Moderatorin.

Die Meinungen gingen weit auseinander über Sinn und Unsinn einer Anmeldepflicht, von verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen, einem Mindestalter von 21 Jahren oder gar einem Prostitutionsverbot mit Bestrafung der Freier nach dem schwedischen Modell.

Die inzwischen verhandelten Eckpfeiler für ein neues Gesetz finden Sie im Berlin-Teil des Klartextes.

BRECHTFESTIVAL 2015

Das Augsburger Brechtfestival stand in diesem Jahr unter dem Motto EXIL. Angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen aus den Krisenregionen der Welt ein sehr aktuelles Thema. Mit der Augsburger SPD und allen Mandatsträgern erinnerten wir deshalb bei einer Mahnwache im Vorfeld der langen Brecht-Nacht vor dem Stadttheater an unsere Grundverpflichtung, Verfolgten und Schutzbedürftigen Asyl zu gewähren: „Kein Mensch ist illegal.“

Am 2. Februar konnte ich mich dann abends im Foyer des Stadttheaters an einer Podiumsdiskussion zur aktuellen Flüchtlingspolitik beteiligen. Neben den Bundestagsabgeordneten Volker Ullrich (CSU) und Eva Bulling-Schröter (LINKE) diskutierten auch noch Matthias Schopf-Emmrich vom Verein Tür an Tür, Andreas Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat und Darioush Shirvani, der vor 30 Jahren als Flüchtling aus dem Iran nach Deutschland gekommen war.



WEGE AUS DER RADIKALISIERUNG

In Deutschland leben etwa 4 Millionen Muslime. Davon sind etwa 7000 - weniger als 0,2% - der salafistisch-islamistischen Szene zuzurechnen. Manche radikalieren sich so weit, dass sie nach Afghanistan, Syrien oder den Irak in den Dschihad ziehen, andere werden als „Gefährder“ für Terroranschläge in Europa eingestuft.

Was treibt junge Menschen in die Radikalisierung? Wie kann man vorbeugend eingreifen? Und was können wir dagegen tun, dass eine kleine Minderheit bei den Herkunftsdeutschen massive Vorbehalte gegen den Islam und Muslime befeuert?

Gemeinsam mit dem Dachverband der türkischen Vereine, dem türkischen

Elternverein und dem Stadtjugendring habe ich deshalb am 11.02. zu einem Diskussionsabend eingeladen, der sehr gut besucht war.

Die Leiterin der Jungen Islamkonferenz in Berlin, Esra Küçük, berichtete anschaulich über die Probleme, denen Muslime in Deutschland begegnen: Der kürzlich veröffentlichte Religionsmonitor 2013 berichtet, dass mehr als die Hälfte der Deutschen den Islam ablehnen und Muslime als Bedrohung wahrnehmen. Auch im europäischen Vergleich belegt Deutschland einen Spitzenplatz in der Muslimfeindlichkeit.

Dieser Nährboden wird von Salafisten genutzt, die gerade bei unsicheren jungen Menschen in Krisen mit ihren einfachen Botschaften ankommen. Sie nutzen dabei vielfach soziale Netzwerke im Internet, um Jugendliche auf Identitätssuche gezielt und ihrer Sprache anzusprechen. Präsenz in Netzwerken ist darum ein wichtiger Baustein gegen Radikalisierung, ähnlich wie beim Kampf



gegen Rechtsextremismus.

Im Anschluss an das Referat und einige kurze Ausführungen von Harald Munding zur Situation in Augsburg entspann sich eine sehr lebhaft und zum Teil sehr emotional geführte Diskussion. Kontrovers diskutiert wurde zum Beispiel die Einführung von islamischem Religionsunterricht an allgemeinbildenden Schulen und die Verantwortung von Elternhäusern und Moscheegemeinden für Jugendliche auf Identitätssuche.

Der Stadtjugendring und die Integrationsstelle, deren Leiter Matthias Garte die Diskussion moderierte, nahmen viele Anregungen mit. Mir war es wichtig hervorzuheben, dass unsere Grundrechte für alle gelten: Zugewanderte, neue und alteingesessene Deutsche.

AKTION ZUM RED-HAND-DAY

Gemeinsam mit der Bürgerstiftung Augsburg „Beherzte Menschen“ habe ich Augsburger Schulen eingeladen, am Red-Hand-Day ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten zu setzen.

Schüler der St. Anna-Grundschule und der Schillerschule kamen am 12.02. zum Bauzaun gegenüber der Stadtbücherei und hängten dort eine 15 Meter lange Leinwand mit Handabdrücken der Kinder auf.

Mehr als 250.000 Kinder werden weltweit als Soldaten oder Hilfskräfte von Armeen missbraucht. Dagegen protestiert der Red-Hand-Day.



Augsburg Termine X

20.02.2015 | 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro

12.03.2015 | 19:00 Uhr

Diskussionsrunde mit Ulrike Bahr MdB, Paul Wengert und Ruth Waldmann MdL zum Thema „Generationengerechtigkeit“, Café Greinwald, Marktoberdorf

13.03.2015 | 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro

14.04.2015 | 19:00 Uhr

Dem Frieden eine Chance—Fraktion vor Ort mit Dr. Bärbel Kofler, MdB, Auswärtiger Ausschuss; Zeughaus, Augsburg

Impressum

V. i. S. d. P.: Ulrike Bahr, Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg

Redaktion: Dr. Ruth Vornefeld, Tel. 030 22777283, ulrike.bahr.ma01@bundestag.de